

N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung der Gemeindevertretung vom 23.10.2006

Schriftführer: Ulf Stachelscheid

T A G E S O R D N U N G:

1.
 - a. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - b. Bericht des Gemeindevorstandes
2. Einbringung der ersten Nachtragshaushaltssatzung 2006 mit Anlagen
3. Antrag der FWG – Fraktion vom 06.09.06
“Errichtung eines Wassertretbeckens am Hammerweiher“
4. Antrag der CDU – Fraktion vom 12.09.06
 - a. Prüfung der Beitragsfreistellung für das letzte Kindergartenjahr
 - b. Erarbeitung eines Umsetzungs- und Finanzierungskonzeptes für die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern unter drei Jahren in diversen Formen
5. Verschiedenes

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:

Mit der Begrüßung der Anwesenden eröffnete Vorsitzender Nadler die 6. Sitzung der Gemeindevertretung in der lfd. Legislaturperiode.

Ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.
Bei Sitzungsbeginn waren 20 Gemeindevertreter anwesend.
Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

1.
 - a. **Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Gegen die Niederschrift vom 05.09.06 und die Niederschrift im Zusammenhang mit der Informationssitzung vom 18.09.06 wurden keine Einwände vorgebracht.

Die Niederschriften sind damit angenommen.

1.
 - b. **Bericht des Gemeindevorstandes**

Bürgermeister Aurand ging auf folgende Punkte ein:

a. Neubau Sporthalle

Die Exkursion zu den Besichtigungsobjekten in Aerzen / Göttingen bestätigte im wesentlichen die Auffassung der gemeindlichen Gremien in Richtung einer vertraglichen Bindung mit der favorisierten Planungsgruppe. Das Bietergespräch erbrachte ebenfalls keine Bedenken. Allerdings bedarf es noch verschiedener Detailregelungen.

b. Partnergemeinde Shimotsuke-shi

Inzwischen wurde ein neuer Bürgermeister gewählt, der zudem aus der Partnergemeinde Ishibashi kommt – Herr Toshi Hirose -. Eine Einladung wurde bereits ausgesprochen. Der Besuch ist in 2007 vorgesehen.

c. Kanalsanierung OT Mandeln

Der Auftrag zur Behebung der Schadensklassen 1 und 2 wurde bereits vergeben.

d. Eigenkontrollverordnung

Für den Ortsteil Ewersbach wurde inzwischen das Kanalkataster abschließend erstellt.

e. Seniorenbeiratswahl

Das Ergebnis wurde bekannt gegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 35,6%. Die konstituierende Sitzung ist vorgesehen für den 07.12.06.

f. Hochwasserereignis

Im Hinblick auf den Umfang der enormen Sachschäden sind die Bürgermeister aller Gemeinden überein gekommen, dass die Kosten aus dem Einsatz der Hilfskräfte aus solidarischen Gründen von der jeweiligen Gemeinde getragen werden, während der LDK die Kosten der übergeordneten Kräfte übernimmt.

Darüber hinaus hat der Kreistag die Kreisumlage um 0,5 Prozentpunkte erhöht auf die Dauer eines Jahres. Das Land Hessen hat die Schäden inzwischen als Elementarschäden anerkannt.

Im übrigen wurde Dank ausgesprochen für den Einsatz der Feuerwehrkräfte.

2. Einbringung der ersten Nachtragshaushaltssatzung 2006 mit Anlagen

Eingebracht wurde die erste Nachtragshaushaltssatzung 2006 mit allen Anlagen. Bürgermeister Aurand erläuterte die wesentlichen Eckpunkte des Nachtragsetats. Danach erhöht sich das Haushaltsvolumen um 3,05 Mio. €

auf 17,376 Mio €. Davon entfallen rd. 460.000,00 € auf den VWH und rd. 2,59 Mio. € auf den VMH. Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen, ebenso wenig Verpflichtungsermächtigungen. Der Etat enthält keine genehmigungspflichtigen Teile und schließt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab.

Der Stellenplan erfährt nur eine geringfügige Änderung im Zusammenhang mit der Badeaufsicht am Stauweiher. Der Personalkostenanteil umfasst lediglich rd. 10% des Haushaltes.

Infolge der Sporthallenfinanzierung war eine beträchtliche Entnahme aus der Rücklage erforderlich. Dennoch wird die zwingend zu bildende Mindestrücklage fast um das Doppelte überschritten.

Der Gemeindevorstand hat einstimmig dem vorliegenden Entwurf des ersten Nachtragsetats zugestimmt und empfiehlt der Gemeindevertretung die Annahme.

3. Antrag der FWG – Fraktion vom 06.09.06 **“Errichtung eines Wassertretbeckens am Hammerweiher“**

Auf den vorliegenden Antrag mit der entsprechenden Begründung wurde verwiesen.

Ergänzend wurde durch den Fraktionsvors. Krau eine geringfügige Erweiterung dahingehend beantragt, dass der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften damit beauftragt wird, die Umsetzung bis zur Errichtung der Sporthalle zurückzustellen, um ggfls. eine Standortoptimierung in unmittelbarer Nähe der Sporthalle zu erreichen. Zugleich erhält der Gemeindevorstand einen Prüfauftrag für Zuwendungen aus den Programmen Lahn-Dill Bergland / Rothaarsteig.

GV Geppert (CDU) sah keine Bedenken in der Erweiterung des Antrags. Er regte jedoch an, dass primär die Haushaltsmittel für den Sporthallenbau eingesetzt werden müssen. Darüber hinaus sollten bis zu dessen Errichtung, zur Verfügung stehende Haushaltsmittel zur Sanierung der bestehenden Minigolfanlage eingesetzt werden.

Abschließend sprach sich die Gemeindevertretung einstimmig dafür aus, dass der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften und der Gemeindevorstand unter Berücksichtigung des Erweiterungsantrags beauftragt werden, in Verbindung mit dem Sporthallenbau, die Standortfrage zu klären und zugleich die Möglichkeit von Fördermitteln zu prüfen.

4. Antrag der CDU – Fraktion vom 12.09.06

- a. Prüfung der Beitragsfreistellung für das letzte Kindergartenjahr**
- b. Erarbeitung eines Umsetzungs- und Finanzierungskonzeptes für die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern unter drei Jahren in diversen Formen**

Auf den vorliegenden Antrag wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte Fraktionsvorsitzender Kreck die Antragstellung.

Angestrebt wird die Umsetzung des von der Landesregierung initiierten Bambini-Programms in den Dietzhölztaler Kindergärten. Dabei sollen Eltern ab 2007 eine finanzielle Entlastung erfahren und darüber hinaus soll das Betreuungsangebot für unter dreijährige Kinder neue Impulse erhalten. Ergänzend wurde auf den inzwischen vorliegenden Entwurf des Förderprogramms aufmerksam gemacht und die damit verbundenen Chancen einer Ausnutzung der angekündigten Fördermöglichkeiten.

Für die SPD-Fraktion wies Fraktionsvors. Scholl darauf hin, dass seit langem die generelle Abschaffung der Kindergartengebühren insbesondere auf Landesebene debattiert wird. Nach Fraktionsauffassung lässt die Beitragsbefreiung für das dritte Jahr befürchten, dass der Kindergartenbesuch nur auf dieses Jahr beschränkt wird und zum anderen wurde die Entnahme der Haushaltsmittel kritisiert, weil es sich ohnehin um dem Kommunalbereich zustehende Finanzmittel handelt. Darüber hinaus wird ebenfalls befürchtet, dass die Mittelbereitstellung nicht auf Dauer angeregt ist. Im übrigen sei die Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Dietzhölztal bereits gegeben.

Es wurde daher folgender Änderungsantrag eingebracht:

Zu Satz 1 –

Zusammen mit der Evangelischen Kirche, als Träger der Kindergärten, zu prüfen, ob alle Kindergartenjahre in der Kernzeit, für Eltern mit 1. Wohnsitz in der Gemeinde Dietzhölztal, kostenfrei gestellt werden können.

Zu Satz 2 –

Die Streichung dieses Satzes wird beantragt und wie folgt ersetzt:

Die Gemeindevertretung Dietzhölztal fordert zugleich die Landesregierung auf, die Finanzierung des Programms aus originären Landesmitteln vorzunehmen und langfristig zu sichern. Die für den Lahn-Dill-Kreis gewählten Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in Wiesbaden in diesem Sinne einzusetzen.

Der Antrag liegt dem Originalprotokoll bei.

Verwundert zeigte sich Fraktionsvors. Kreck (CDU) über die Haltung der SPD-Fraktion. Zum einen handele es sich um den Einstieg in eine mögliche generelle Beitragsfreistellung und zugleich um Ausschöpfung zur Verfügung stehender Landesmittel. Eine Zustimmung zu dem Änderungsantrag sei daher nicht zu erwarten.

Unter nochmaliger Darlegung der jeweiligen politischen Auffassung hielten

die Fraktionen ihre Antragstellung unverändert bei.

Nach Aufruf zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, stellte Fraktionsvorsitzender Kreck (CDU) um 20.25 Uhr, Antrag auf Sitzungsunterbrechung. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Nach Fortführung der GV-Sitzung um 20.35 Uhr, kündigte Fraktionsvors. Kreck eine gemeinsame Antragstellung von CDU - SPD und FWG- Fraktion wie folgt an:

- 1) Zusammen mit der Evangelischen Kirche prüfen, ob alle Kindergartenjahre in der Kernzeit für Eltern mit 1. Wohnsitz in der Gemeinde Dietzhölztal kostenfrei gestellt werden können.

Damit entspricht die Antragstellung dem erweiterten Antrag wie von der SPD-Fraktion vorgesehen. Insoweit wird mehrheitliche Zustimmung signalisiert seitens der CDU.

- 2) Satz 2 des ursprünglichen Antrags der CDU-Fraktion wird aufrecht erhalten, nämlich den Antrag auf Überprüfung eines Betreuungs- und Finanzierungskonzeptes. Einigkeit besteht darüber, dass dies in Dietzhölztal bereits angeboten wird. Es muss aber geprüft werden, ob die Antragstellung den Anforderungen des Babiniprogramms entspricht und damit förderfähig ist und wenn nicht, welche Änderungen vorgenommen werden müssen.
- 3) Die Aufforderung an die Landesregierung, die Finanzierung aus originären Landesmitteln vorzunehmen.

Vereinbart wurde ebenfalls die getrennte Abstimmung.

GV Reh (FDP) hielt es dagegen für erforderlich, zunächst die Kostenfrage für die Gemeinde zu klären, bevor die generelle Abstimmung über den Antrag erfolgt.

Zum besseren Verständnis erläuterte Fraktionsvorsitzender Scholl (SPD) den Prüfauftrag dahingehend, dass der Gemeindevorstand beauftragt wird, die dreijährige Kernzeit zu prüfen. Damit wird die Option für den gesamten Zeitraum nicht unberücksichtigt gelassen.

Ergänzend bestätigte Fraktionsvorsitzender Kreck (CDU) die Erläuterung dahingehend, dass der Gemeindevorstand beauftragt wird, weiterhin die Beitragsfreistellung für das dritte Kindergartenjahr im Rahmen des Babiniprogramms zu prüfen und zusätzlich die Kostenermittlung für das erste und zweite Kindergartenjahr zu betreiben, allerdings ohne Landeszuschuss.

GV Eckhardt bemängelte, dass die angedachte Kostenbefreiung für die Eltern bei der Entscheidungsfindung außer acht gelassen würde.

In der folgenden Abstimmung sprach sich die Gemeindevertretung mit

21 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung für die erweiterte Antragstellung der SPD-Fraktion aus.

In einer weiteren Abstimmung beschloss die Gemeindevertretung einstimmig den Antrag zu Satz 2, wie von der CDU-Fraktion eingebracht, mit der redaktionellen Änderung des Wortes „altersgemischt“ in „altersübergreifend“.

Letztendlich sprach sich die Gemeindevertretung mit 13 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen für den erweiterten Antrag der SPD-Fraktion aus, dass die Gemeindevertretung Dietzhöhlztal die Landesregierung auffordert, die Finanzierung des Programms ausschließlich aus originären Landesmitteln vorzunehmen und langfristig zu sichern. Die für den Lahn-Dill-Kreis gewählten Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in Wiesbaden dafür einzusetzen.

5. Verschiedenes

Folgende Anfragen wurden gestellt:

GV Geppert (CDU): - Die Sperrbeschilderung Hüttenweg wurde beseitigt.
Um erneute Anbringung wird gebeten.

GV Eckhardt (CDU): - Herrichtung des Treppenaufgangs gegenüber dem alten Krankenhaus

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass der Auftrag in Kürze ausgeführt wird.

- Sachstand Parkplatzherrichtung Sportplatz Steinbrücken

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften wird sich der Sache noch annehmen.

- Graffiti, Schmierereien - Strafantragstellung

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die bisherige Strafanzeigenerstattung nicht zum Erfolg geführt habe. Lediglich in einem Fall konnte einer der Täter ermittelt werden.

GV Reh (FDP): - Ausbau Bahnhofsvorplatz sowie Sachstand DB – Verhandlungen

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Neugestaltung, inklusive Wiederherrichtung der Rampe, gegenwärtig geprüft wird.

In den langjährigen Verhandlungen mit der DB, liegt bis dato kein konkretes Angebot vor. Inzwischen besteht erneut die gemeinsame Vorgehensweise mit den Nachbargemeinden Eschenburg und Dillenburg.

GV Kreck (CDU); - Fußläufige Verbindung REWE / ALDI
Ein sicherer Gehweg fehlt im gesamten Bereich, einschließlich der erforderlichen Straßenüberquerung.

Bürgermeister Aurand bestätigte die Situation. Die Anregung wird aufgegriffen.

GV Schwedes (FWG); - DGH Steinbrücken – Bestuhlung und Geschirr nicht ausreichend.

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass die Ausstattung der Kapazität des DGH's entspricht. Inzwischen ist die Beschaffung neuer Tische vorgesehen. Die Erhöhung des Geschirrumfanges ist kurzfristig realisierbar.

GV Scholl (SPD); - Defekte Straßenbeleuchtung
„Am Ebersbach“ sowie der
„Jahnstraße“

Abschließend ging Vorsitzender Nadler nochmals auf die Exkursion nach Aerzen, bzw. Göttingen, ein.

Wie sich erfreulicherweise herausgestellt hat, wurden neue und positive Erkenntnisse für die eigene Sporthallenplanung gewonnen. Insofern sei der Besuch in jedem Fall gerechtfertigt.

Schriftführer
Ulf Stachelscheid

Vorsitzender
Stefan Nadler